

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 07.06.2001
im Sitzungssaale des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:25 Uhr

Anwesende: Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Josef Stenico
2. Bgmstv. Konrad Bock
St.R. Mag. Manfred Weiskopf
St.R. Ing. Bernhard Wolf
St.R. Ing. Helmut Waltle
GR. Günter Stürz
GR. Gabi Albertini
GR. Markus Raneburger
GR. Richard Reinalter
GR. Ing. Thomas Hittler
GR. Mag. Christoph Mayer
GR. Hans Werner Netzer
GR. Thomas Lechleitner
GR. Markus Steinlechner
GR.-Ers. Werner Geschwendtner
GR.-Ers. Johann Georg Unterhuber
GR.-Ers. Andreas Senn
GR.-Ers. Mag. Kurt Leitl

Abwesend und
entschuldigt: St.R. Franz Huber
GR. Hubert Niederbacher
GR. Edmund Stubenböck
GR. Herbert Hörtnagl

Weiters an-
wesend: Dr. Engelbert Schneider
Ing. Konrad Sailer
Walter Gaim

Schriftführerin: Sonja Streng

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Anträge des Stadtrates
(Verzicht auf Vorkaufsrecht; Vertrag – Lärmschutzmaßnahmen ÖBB)
3. Anträge des Finanzausschusses
(Studienbeihilfen; Änderung der Wasserleitungs- und Kanalsatzung; Wasserleitungs- und Kanalgebührenordnung)
4. Antrag des Schul- und Kindergartenausschusses
(VS Perjen – Auftragsvergaben)
5. Venetseilbahn AG – Beteiligung
6. Verschiedenes und Allfälliges

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. In weiterer Folge wird Andreas Senn gem. § 24 TGO zum Ersatzmitglied der SPÖ-Gemeinderatsfraktion angelobt. Die Verzichtserklärungen der Personen die Herrn Andreas Senn vorgereicht sind, liegen dem Gemeinderat vor. Bevor der Vorsitzende auf die Erledigung der Tagesordnung übergeht, beschließt der Gemeinderat die Tagesordnung um die Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses zu erweitern.

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Gemeinderates im Jahre 2001 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Anträge des Stadtrates**

Der Vorsitzende verliest nachstehende Anträge des Stadtrates an den Gemeinderat:

a) **Verzicht auf Vorkaufsrecht**

In EZ. 1201 GB 84007 Landeck (Tiroler Landesreisebüro) lastet das Vorkaufsrecht zu Gunsten der Stadtgemeinde Landeck. Da nunmehr das Land Tirol die landeseigenen Liegenschaftsanteile an EZ. 1201 an das Tiroler Landesreisebüro veräußert, wird um Verzicht der Stadtgemeinde Landeck auf oben angeführtes Vorkaufsrecht ersucht.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 29.05.2001 mit diesem Ansuchen befasst und beantragt, der Gemeinderat mögen dem Verzicht auf das gegenständliche Vorkaufsrecht zustimmen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

b) Vertrag Lärmschutzmaßnahmen ÖBB

Seitens der ÖBB wurde ein Vertragsentwurf über die Planung von Lärmschutzmaßnahmen in Landeck übermittelt. Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich auf ca. S 910.000,-- und werden wie folgt aufgeteilt:

50 % Bund bzw. SCHIG mbH
25 % Land Tirol
25 % Stadtgemeinde Landeck

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 29.05.2001 beschlossen, an den Gemeinderat den Antrag zu stellen, den Vertrag mit vorangeführter Kostenteilung zu beschließen.

Bgmstv. Bock verdeutlicht, dass vorliegender Antrag nur die Planungsarbeiten beinhalte. Die Bauausführung werde letztlich davon abhängen, inwieweit es für die Gemeinde Landeck möglich sein werde, Mittel in Anbetracht der finanziell angespannten Situation für diese Investition aufzubringen. Er fordert den Vorsitzenden weiters auf, darauf zu drängen, dass der Ortsplaner in die Planungen miteingebunden werde und ist er der Meinung, dass auch der Bevölkerung ein gewisses Mitspracherecht eingeräumt werden sollte, um gemeinsam nach einer akzeptable Lösung unter Berücksichtigung des Ortsbildes suchen zu können.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Vertrag einen diesbezüglicher Passus beinhalte, in welchem festgehalten werde, dass eine projektbegleitende Arbeitsgruppe eingesetzt werde, welcher Vertreter des Landes, der Gemeinde und der ÖBB angehören werde.

Im übrigen wird vorliegender Antrag vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 3) der TO.: Anträge des Finanzausschusses

Der Vorsitzende verliest als Obmann des Finanzausschusses nachstehende Anträge an den Gemeinderat:

a) Studienbeihilfen

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, nachstehend angeführten Gesuchstellern eine Studienbeihilfe in der Höhe von je S 1.000,-- zu gewähren:

01. Bock Katrin, Katlaunweg 9, Uni Innsbruck
02. Bock Manuela, Katlaunweg 9, Uni Innsbruck
03. Thomas Simon Hain, Obere Feldgasse 11, Uni Innsbruck
04. Lucia Mathies, Leitenweg 43, Uni Wien
05. Pesjak Sonja, Fischerstraße 14, Uni Innsbruck
06. Schranz Florian, Urichstraße 84, Uni Innsbruck
07. Schranz Stefan, Urichstraße 84, Uni Innsbruck
08. Spiss Carmen, Kristille 7a, Uni Innsbruck

Mit der Gewährung vorangeführter Studienbeihilfen erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

b) Änderung der Wassergebührenordnung

Der Vorsitzende berichtet, dass aufgrund einer Empfehlung des Landes Tirol eine Neufassung der Wassergebührenordnung vorgenommen wurde, welche dieser Niederschrift als Bestandteil beigegeben wird.

Mit der vom Finanzausschuss beantragten Wassergebührenordnung erklärt sich der Gemeinderat sodann einstimmig einverstanden.

c) Änderung der Kanalgebührenordnung

Der Vorsitzende bringt dem Gemeinderat die Neufassung der Kanalgebührenordnung zur Kenntnis, welche dieser Niederschrift als Bestandteil beigegeben wird.

Der Gemeinderat erklärt sich mit der vom Finanzausschuss beantragten Kanalgebührenordnung einstimmig einverstanden.

Pkt. 4) der TO.: **Antrag des Schul- und Kindergartenausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Schul- und Kindergartenausschusses, GR. Reinalter, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Umbau, Erweiterung und Revitalisierung der Volksschule Perjen – Vergabe von Aufträgen für Gipskartonarbeiten, Turnsaaleinrichtung- und Boden, Sonnenschutz und Bauschlosserarbeiten

Architekt Dipl. Ing. Peter Schillfahrt hat für die im Betreff angeführten Gewerke im Einvernehmen mit dem Stadtbauamt Ausschreibungen durchgeführt und haben sich dabei nach erfolgter Überprüfung der Angebote, nachstehende Ergebnisse ergeben.

Gipskartonarbeiten	
Fa. Mair	561.209,21
Fa. Swietelsky	656.007,12
Fa. Gips Mario	704.231,64
Fa. Lanbach	706.140,60
Fa. Zebisch	756.309,00

Die Preise verstehen sich inkl. Mehrwertsteuer unter Berücksichtigung der gewährten Skonti

Inhalt der Ausschreibung sind unter anderem im wesentlichen Brandschutzverkleidungen für Stahlträger und Stahlsäulen sowie abgehängte Akustikdecken.

Turnsaaleinrichtung u. Turnsaalboden	
Fa. Pauzenberger	1.042.615,19
Fa. Turkna	1.058.541,60
Fa. Schweiger	1.212.985,19

Die Preise verstehen sich inkl. Mehrwertsteuer unter Berücksichtigung der gewährten Skonti

Die Ausschreibung beinhaltet sämtliche für die Turnhalle erforderlichen Turn und Einbaugeräte, samt Zubehör, Bälle, Einrichtung des Geräteraumes und Turnlehrerzimmers, Turnsaalwandverkleidungen und dem Hallenboden.

Sonnenschutz	
Fa. Greuter	313.048,49
Fa. Ennemoser	295.202,04
Fa. Hella	328.170,00
Fa. Dolenz Gollner	331.035,78

Die Preise verstehen sich inkl. Mehrwertsteuer unter Berücksichtigung der gewährten Skonti

Die Ausschreibung beinhaltet die Lieferung von Senkrechtmarkiesen mit Soltisbespannung und Kurbelantrieb für alle süd- und westseitigen Klassenzimmerfenster, die Schulverwaltung und die Kindergartengruppenräume.

Bauschlosserarbeiten	
Fa. Platter	2.253.881,14

Die Preise verstehen sich inkl. Mehrwertsteuer unter Berücksichtigung der gewährten Skonti

Insgesamt wurden sechs Schlossereibetriebe zur Offertstellung geladen, von denen zum Teil großes Interesse an den Arbeiten bekundet wurde, allerdings ist wie va. lediglich ein Offert gelegt worden.

Die Ausschreibung beinhaltet die Lieferung und Montage von Brandschutztüren mit Obertürschließern, Zaunanlagen, Gartentore, Geländerungen (Terrasse, Rampe u. Stiegenhaus), sowie die Überdachungen der Außenstiege, der Kindergartenterrasse und der Rampe, verschiedene Handläufe, Gitterroste, Stahlunterkonstruktionen samt Brandschutzverglasungen, die Stiegenhausrauchentlüftungsanlage, sowie die Jalousischächte.

Der Schul- und Kindergartenausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 30.05.2001 mit den anstehenden Auftragsvergaben befasst und beantragt die Vergabe der Aufträge an die jeweiligen Best- bzw. Billigstbieterfirmen, wie angeführt.

GR. Netzer äußert seine Bedenken hinsichtlich der Bauschlosserarbeiten und findet er es äußerst bedenklich, dass für einen derartigen Großauftrag nur ein einziges Angebot vorliegt. Er plädiert für eine Neuausschreibung, da zwei im Bezirk ansässige Schlossereifirmen wiederum nicht eingeladen wurden, obwohl man dieselbe Vorgangsweise schon einmal bekrittelt habe.

GR. Reinalter betont, dass der Bauzeitplan knapp bemessen sei und eine Neuausschreibung Auswirkungen auf den Baufortschritt zur Folge hätte und somit die Eröffnung, welche für 5. September 2001 geplant sei, gefährdet wäre.

GR.-Ers. Mag. Leitl berichtet von einer Rücksprache bei der Fa. Steinsee diese Gelegenheit betreffend und erklärt, dass diese aus Kapazitätsgründen nicht in der Lage war, ein Angebot zu legen und alle Schlossereibetriebe derzeit ziemlich ausgelastet wären.

Für vorliegenden Antrag ergeben sich sodann 17 Pro- und 2 Gegenstimmen.

Pkt. 5) der TO.: **Anträge des Planungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Planungs- und Verkehrsausschusses, St.R. Ing. Wolf, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge an den Gemeinderat:

a) Verkehrsregelungen

- **Vorplatz Volksschule Bruggen bzw. Polytechnischer Lehrgang**

Als nächster Schritt zur Vorplatzgestaltung soll der Vorplatz vom Fahrzeugverkehr freigehalten werden. Zu diesem Zweck haben die Direktionen der Schulen um Erlassung eines Fahrverbotes, ausgenommen Zustelldienste, am gesamten Vorplatz angesucht.

Nach Behandlung in der Sitzung vom 31. Mai 2001 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss die Erlassung eines „Fahrverbotes, ausgenommen Zustelldienste“ beantragt. Die genauen Aufstellungsorte der Verkehrstafeln werden nach Fertigstellung der baulichen Maßnahmen fixiert.

- **Verbindungsweg Vorplatz VS Angedair und Altersheim**

Die schmale Verbindungsstraße vom Vorplatz der VS Angedair in Richtung Altersheim wird des öfteren durch parkende Fahrzeuge eingeengt, so dass das Müllfahrzeug nicht durchfahren konnte. Zur Verdeutlichung des bereits aufgrund der Straßenbreite gegebenen Parkverbotes sollen Verbotstafeln aufgestellt werden. Es wird daher vom Ausschuss die Erlassung eines Parkverbotes für den im beiliegenden Plan ersichtlichen Straßenabschnitt beantragt.

Mit vorangeführten Verkehrsregelungen erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

b) Allgem. und ergänzender Bebauungsplan "A20/E1 Perjen 3 - Schenk" – Auflage/Beschlussfassung

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 31. Mai 2001 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Entwurf über die Erstellung des allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes „A20/E1 PERJEN 3 - Schenk“ (gemäß §56 Abs. 3 TROG 97), betreffend der Gpn. 1789, 1309 und 1790 sowie der Bp. .335 gemäß §66 ff TROG 97, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahme einlangen – zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in dem die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Pkt. 6) der TO.: Venetseilbahn AG - Beteiligung

Der Vorsitzende berichtet, dass sich die Hauptgesellschafter der Venet Bergbahnen AG bereits im vergangenen Jahr mit der Frage der Finanzierung der Venet Bergbahnen beschäftigt haben. Da die Aufrechterhaltung des Betriebes weiterer Zuschüsse durch die Hauptgesellschafter bedarf, wurde im letzten Jahr vereinbart, dass nach Vorliegen eines entsprechenden kurz- bis mittelfristigen Betriebs- und Finanzierungskonzeptes, welches bis zum 30.04.01 erstellt werden soll, die Beratungen über die weitere Unterstützung der Venet Bergbahnen weitergeführt werden. Für das Jahr 2001 wurde nach entsprechenden Gesprächen vereinbart, dass die Gesellschafter Stadtgemeinde Landeck, Gemeinde Zams und die Tourismusverbände Landeck und Zams Zuschüsse in ihren Budgets vorsehen, (Gesamtausmaß des Zuschusses 5 Mio., davon 2.420.000,-- Stadtgemeinde) die nach Vorliegen des Konzeptes zur Auszahlung gebracht werden sollen.

Der alte Vorstand, welcher am 30.04.01 seine Arbeit beendet hat, legte zeitgerecht ein erstes Arbeitspapier vor, welches vom neuen Vorstand, dieser wurde in der Aufsichtsratssitzung vom 07.05.01 bestellt, überarbeitet und ergänzt wurde. In der sel-

ben Aufsichtsratssitzung wurde dem nun vorliegenden Konzept (alle Fraktionen verfügen über dieses Papier) die Zustimmung des Aufsichtsrat erteilt.

Das Betriebs- und Finanzierungskonzept sieht im wesentlichen vor:

Kostenmäßige Einsparungen mit dem Ziel in die Nähe eines betriebsmäßigen Null-Ergebnisses zu kommen. Bei entsprechenden Wetterverhältnissen im kommenden Winter wird ein voraussichtlicher Betriebsabgang von 300.000,-- S bis 500.000,--S prognostiziert.

Durch Vertriebs- Werbe- und Marketingmaßnahmen versucht werden wird, den Jahresumsatz zu erhöhen, wobei gegenwärtig davon ausgegangen wird dass ein Jahresumsatz von max. 15 Mio. zu erreichen ist. Die bisherigen Annahmen einer Umsatzentwicklung von 18 – 20 Mio. S sind im laufenden Geschäftsjahr nicht zu erwarten.

Langfristig sollte es das Ziel der Venetbahn sein, in einen Verbund mit dem Sonnenplateau eingebunden zu werden, um die Zukunft abzusichern.

Bei den Investitionen sind im wesentlichen Ersatzinvestitionen im Ausmaß von 2,8 Mio. vorgesehen. Diese wären durchführbar im heurigen Betriebsjahr, unter der Voraussetzung, dass die Hauptgesellschafter den Betrag von 5 Mio. zur Auszahlung bringen, wobei die Gemeinde Zams und der TVB Zams die Auszahlung ihres Anteil-les bereits beschlossen haben.

Mit diesen 2,8 Mio. kann auf das Kartensystem umgestellt, der Hüttenlift elektrifiziert, Pistenverbesserung durchgeführt und der Rifenalparkplatz erweitert werden. Weitere Investitionen wie zB der Umbau der Talstation befinden sich in Planung, die laut Vorstand bis Ende August 2001 dem Aufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wird ein Konzept für die weiteren Jahre vom Vorstand vorgelegt, damit sowohl im Aufsichtsrat als auch bei den Hauptgesellschaftern die zukünftige Vorgangsweise beraten und beschlossen werden kann.

Er ersucht daher den Gemeinderat, der Auszahlung der S 2.420.000,-- in Form eines verlorenen Zuschusses die Zustimmung zu erteilen.

Bgmstv. Bock bemerkt, dass das vorliegende Arbeitspapier keinesfalls einem mittel- bis langfristigen Finanzierungskonzept entspreche und ist er der Meinung, dass die heute zu beschließenden Mittel zur Sicherung der Liquidität der Gesellschaft diene. Er gibt weiters zu Bedenken, dass die Stadtgemeinde Landeck an die Venet Bergbahnen eine jährliche Zuschusssumme von ca. S 7 Mio. inkl. Annuität gewähre, wobei man sich fragen müsse, wie lange sich dies die Stadt – bei S 14 – S 15 Mio. frei verfügbaren Mitteln - noch leisten könne. Da es jeder Fraktion im Gemeinderat ein Anliegen sei, die Substanz und die Anlagen am Venet zu sichern, fordert er den Vorsitzende auf, in einer Gemeinderatssitzung im Herbst über die grundsätzliche Richtung, welche die Stadtgemeinde Landeck gehen möchte, zu diskutieren. Es werde nämlich aller Anstrengungen bedürfen, die Anlage zu sichern und eine mittel- bis langfristige Infrastruktur zu erhalten. Der heurige Betriebsabgang sei seiner Meinung

nach sicherlich teilweise auf den schlechten Winter zurückzuführen, obwohl andererseits ein Nächtigungszuwachs von rd. 20 % verzeichnet werden konnte.

Weiters fordert er den Vorsitzende auf, eindringlich darauf zu drängen, dass der Finanzierungsplan in Absprache mit den Hauptaktionären zu erstellen ist und sollten in diese Gespräche auch die Tourismusverbände eingebunden werden. Denn ist er der Meinung, dass diese nicht ganz aus ihrer Verantwortung entlassen werden sollten.

Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion erkläre sich mit der Auszahlung von S 2.420.000,-- einverstanden, jedoch nicht in der Form eines verlorenen Zuschusses, sondern wie üblich in Form eines Darlehens.

GR.-Ers. Mag. Leitl erklärt, dass der AAB-Ausschuss darüber beraten habe und zum Schluss gekommen sei, dass man den neuen Vorstand in Ruhe arbeiten lassen sollte und sollte sich die Politik in nächster Zeit aus der Geschäftsführung zurückziehen. Er ist der Meinung, dass dem neuen Vorstand ein gewisses Maß an Vertrauen entgegengebracht werden sollte und ist er davon überzeugt, dass vom neuen Vorstand ein ansprechendes Finanzierungskonzept in Absprache mit den Hauptaktionären bis Ende August erstellt werde. Gleichzeitig fordert er die Vertreter im Aufsichtsrat auf, über die aktuellen Entwicklungen laufend zu berichten.

Bgmstv. Bock entgegnet, dass jetzt nicht alles durch die rosarote Brille gesehen werden dürfe. Ihm gehe es vielmehr um die Fakten, über die diskutiert werden sollte.

GR. Lechleitner erklärt, dass auch die FPÖ-Fraktion bemüht sei, den Venet als wichtige infrastrukturelle Einrichtung für Landecker zu erhalten, dennoch dürfe das Budget der Stadtgemeinde Landeck nicht aus den Augen gelassen werden. Man müsse sich darüber bewußt werden, dass die Stadtgemeinde Landeck jährlich hohe Beträge für den Venet aufbringen müsse und werde der Venet immer Geld brauchen, selbst wenn keine Investitionen gemacht werden. Der Vorstand könne noch so schöne Konzepte erarbeiten, dennoch müsse man realistisch bleiben.

GR. Ing. Hittler erklärt, dass er dem beantragten Zuschuss nicht zustimmen könne, da dem Arbeitspapier jegliches Konzept fehle und kein Sparmaßnahmenprogramm zu erkenne sei.

Der Vorsitzende stellt abschließend den Antrag, der Gemeinderat möge der Auszahlung des Betrages in Höhe von S 2.420.000,-- in Form eines Darlehens die Zustimmung erteilen.

Für vorgenannten Antrag ergeben sich sodann 18 Pro- und 1 Gegenstimme.

Pkt. 7) der TO.: Verschiedenes und Allfälliges

a) Bgmstv. Bock erkundigt sich, ob das Problem bekannt sei, dass es beim Mähen der Schwimmbad-Liegewiese durch den Einsatz des neuen Rasenmähers zu

Lärmbelästigungen der Anrainer komme und sei der Rasenmäher für den dortigen Einsatz anscheinend leicht überdimensioniert.

Der Vorsitzende berichtet, dass er von der Lärmbelästigung in Kenntnis gesetzt worden sei und habe er an den Bauhof die Anweisung erteilt, den Rasen dort nicht in den frühen Morgenstunden sondern zu einem späteren Zeitpunkt zu mähen. Ansonsten habe er hinsichtlich des Einsatzes des Rasenmähers keine Beschwerden vernommen.

- b) GR. Ing. Hittler erkundigt sich nach dem letzten Stand der Dinge in der Angelegenheit - Umbenennung des Landecker Tunnel in Venet-Tunnel.

Diesbezüglich erklärt der Vorsitzende, dass es für ihn keine Religionsfrage sei, dennoch habe er sich der Mehrheit des Stadtrates angeschlossen, welcher in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, sich gegen eine Namensänderung auszusprechen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung und bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit.
